

# Großrazzia gegen Antifaschisten

## Polizei und Justiz werfen Nazigeegnern »Bildung einer kriminellen Vereinigung« vor

*Von Markus Bernhardt*

Die sächsische Staatsanwaltschaft holt zum großen Schlag gegen Antifaschisten aus. Am Dienstag vormittag durchsuchte die Polizei wegen des Verdachtes der Bildung einer »kriminellen Vereinigung« insgesamt 20 Wohnungen und Räumlichkeiten in Sachsen und Brandenburg. Konkret betroffen waren unter anderem Objekte in Leipzig, Dresden, Grimma sowie Finsterwalde und Senftenberg.

Offenbar ermittelt die Polizei seit geraumer Zeit gegen 16 Männer und eine Frau, im Alter zwischen 20 und 33 Jahren, denen vorgeworfen wird, an gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Neofaschisten beteiligt gewesen zu sein. Auf Beschluß des Amtsgerichtes Dresden waren die Beamten am Dienstag ausgerückt, um Beweisgegenstände für eine Beteiligung der beschuldigten Nazigeegner an Gewalttätigkeiten in insgesamt drei Fällen sicherzustellen.

Wie die Staatsanwaltschaft Dresden mitteilte, würden den Beschuldigten gezielte Angriffe vorgeworfen, die zum Teil äußerst brutal ausgeführt worden seien. So hätten bis zu zehn verummte Antifaschisten aus Protest gegen den Großaufmarsch der Neonazis am 19. Februar in Dresden, Pflastersteine gegen zwei Reisebusse der Rechten geschleudert, die auf einem Parkplatz im sächsischen Freital geparkt hätten. Dabei waren die Busse zwar beschädigt, die anwesenden Fahrer jedoch nicht verletzt worden.

Bereits seit anderthalb Jahren ermittelt das sächsische Landeskriminalamt (LKA) außerdem wegen eines Angriffs auf drei Neofaschisten, der bereits am 18. Oktober 2009 in Leipzig stattgefunden haben soll. In dessen Rahmen hätten etwa 20 verummte Personen auf die Neonazis eingeschlagen, woraufhin ein Rechter mit Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei.

Außerdem werfen Staatsanwaltschaft und LKA einer Gruppe von etwa 15 Nazigeegnern vor, sich gegen zwei Rechte zur Wehr gesetzt zu haben, die im August vorigen Jahres das linksalternative Wohnprojekt »Praxis« im Dresdner Stadtteil Löbtau beschädigt hatten. Dabei sei einem der Rechten in Folge eines Steinwurfes ein Teil seines Ohres abgetrennt worden. Das linke Wohnprojekt war indes erst am 19. Februar dieses Jahres – unter den Augen der Polizei – erneut von Neofaschisten angegriffen worden.